

Limmattal, im November 2025

Medienmitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

Zweimal NEIN zu den beiden Volksinitiativen «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» und «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Am 30. November 2025 entscheidet die Schweizer Bevölkerung über zwei eidgenössische Vorlagen. Die Limmattaler Wirtschaftsverbände sprechen sich klar gegen die «Service-citoyen-Initiative» und die JUSO-Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» aus. Beide Vorlagen würden den Wirtschaftsstandort Schweiz schwächen und Unternehmen zusätzlich belasten.

NEIN zur Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)»

Die «Service-citoyen-Initiative» will eine allgemeine Dienstpflicht für alle Schweizerinnen und Schweizer unabhängig vom Geschlecht einführen. Der Dienst soll entweder im Militär oder in einem gesetzlich anerkannten Milizdienst zugunsten der Allgemeinheit und Umwelt geleistet werden. Zudem könnte der Gesetzgeber den Dienst auch für Personen ohne Schweizer Bürgerrecht vorsehen. Wer keinen Dienst leistet, soll eine Abgabe bezahlen.

Bundesrat Martin Pfister hat auf Einladung der Limmattaler Wirtschaftsverbände in Dietikon dazu ein Referat gehalten (die LIZ berichtete am 15.10.2025). Wir schliessen uns der Argumentation des Bundesrates vollumfänglich an und lehnen diese Initiative ab!

Die Initiative würde die Zahl der Dienstpflichtigen von heute rund 35'000 auf etwa 70'000 Personen pro Jahr verdoppeln. Damit fehlten den Betrieben doppelt so viele Mitarbeitende wie heute. Dies wäre eine enorme Herausforderung für KMU, die ohnehin mit Fachkräftemangel kämpfen.

Auch die staatlichen Kosten würden sich fast verdoppeln: Der Erwerbsersatz stiege auf rund 1,6 Milliarden Franken pro Jahr, zu finanzieren über höhere Lohnbeiträge von Arbeitnehmenden und Arbeitgebern. Die Initiative bringt keinen erkennbaren Nutzen, verursacht aber hohe Zusatzkosten und entzieht der Wirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte. Zudem würde sie die heutige Freiwilligenarbeit entwerten.

NEIN zur Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert (Initiative für eine Zukunft)»

Die JUSO-Initiative fordert eine nationale Erbschafts- und Schenkungssteuer von 50 Prozent ab einem Freibetrag von 50 Millionen Franken. Der Ertrag soll zweckgebunden in die Klimapolitik fließen. Betroffen wären auch Familienunternehmen, deren Vermögenswerte meist im Betrieb gebunden sind.

Eine solche Steuer würde Nachfolgelösungen massiv erschweren. Insbesondere im Kanton Zürich, wo bereits sehr hohe Vermögenssteuern bestehen, würde eine zusätzliche Erbschaftssteuer von

50 % zu einer unverhältnismässig hohen Gesamtbelastung führen. Viele Eigentümerinnen und Eigentümer müssten ihre Firma verkaufen, um die Steuer bezahlen zu können. Damit ginge wertvolles Know-how in die Hände finanzstarker Investoren über, die Unternehmen verlören ihre Identität als Familienbetriebe und inländische Arbeitsplätze wären gefährdet.

Zudem würden vermögende Personen, die heute fast 40 Prozent der direkten Bundessteuer zahlen, abwandern. Das gefährdet Investitionen, Steuereinnahmen und die Stabilität ganzer Wirtschaftsregionen. Auch greifen die geplanten Regelungen in die Steuerhoheit der Kantone ein, von denen 24 bereits eigene Erbschaftssteuern kennen.

Eine solche Bundessteuer entzieht der Wirtschaft Kapital, gefährdet Familienbetriebe und mindert die Attraktivität der Schweiz als Standort für Unternehmen und Fachkräfte. Die Unterzeichnenden sind empört darüber, wie die Linke das Rückgrat der Schweizerischen Wirtschaft brechen will und Arbeitsplätze aufs Spiel setzt.

Aus den genannten Gründen empfehlen die Limmattaler Wirtschaftsverbände, beide eidgenössischen Vorlagen abzulehnen und am 30. November **zweimal NEIN zu stimmen** – für sichere Arbeitsplätze, verlässliche Rahmenbedingungen und eine starke Schweizer Wirtschaft.



Pascal Stüssi
Präsident KMU- und
Gewerbeverband Limmattal



Patrick Stäubli
Präsident der Vereinigung Industrie,
Dienstleistungen und Handel Spreitenbach



Dr. Andreas Geistlich
Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon